

Was haben die Kandidaten der Parteien für die Bundestagswahl zu den militärischen Belastungen in der Westpalz und im Saarland zu sagen?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 027/05 – 05.09.05

Befragung der Bundestags-Kandidaten zu den militärischen Belastungen in unserer Region



Andreas Hartenfels
Nanzdietschweiler, 211
Bündnis 90/Die Grünen

Keine Antwort!



Anita Schäfer
Saalstadt
212 – CDU

Keine Antwort!



Dr. Walter Altherr
Mittelbrunn
211 – CDU

**Keine Antwort
auf die Fragen!**



Barbara Metzger
Rodalben, 212
Bündnis 90/ Die Grünen

Keine Antwort!



Alexander Ulrich
Reichenbach-Steegen
211 – Die Linkspartei

Keine Antwort!



Hans Kalthoff
Eisenberg
211 – FDP

Keine Antwort!



Gustav Herzog
Zellertal
211 – SPD

**Verspätete Ausflüchte von
ihm für sie mit!**



Lydia Westrich
Pirmasens
212 – SPD



Bernd Kaufmann
Zweibrücken
212 - FDP

Keine Antwort!

Kandidatenbefragung zur Bundestagswahl

Vor der kommenden Bundestagswahl 2005 hat eine Bürgerinitiative die Kandidaten der Partei Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU, Der Linkspartei, der FDP und der SPD in den pfälzischen Wahlkreisen 211 und 212 und im Saarland angeschrieben und gebeten, bis zum 23.08.05 (im Saarland bis zum 15.08.05) fünf Fragen zu den militärischen Belastungen der Region zu beantworten.

Wortlaut des Anschreibens

Sehr geehrte/r Frau/Herr,

der lokalen Presse haben wir entnommen, dass Sie bei der anstehenden Bundestagswahl im Wahlkreis für die kandidieren. Im Falle ihrer Wahl haben sie im Bundestag die Lebensinteressen der Bevölkerung dieser Region zu vertreten.

Um unseren Mitgliedern und anderen Wahlberechtigten die Wahlentscheidung zu erleichtern, bitte wir Sie um möglichst kurze und klare Antworten auf einige Fragen zu den militärischen Belastungen unserer Region.

Die aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen stammenden Recherche-Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit zu diesen Problemen können Sie auf folgenden Internetseiten nachlesen: www.fluglaerm-kl.de / Aktuelles und www.westpfalz-journal.de / Politik.

Wir haben folgende Fragen:

1. Was unternehmen Sie und Ihre Partei gegen den rund um die Uhr dröhnenden unerträglichen militärischen Fluglärm und den besonders nachts von der US-Air Base Ramstein ausgehenden Bodenschall, um die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit der Menschen zu schützen?
2. Werden Sie und Ihre Partei dafür eintreten, dass alle 130 Atombomben von der US-Air Base Ramstein verschwinden, und wie soll das gegebenenfalls durchgesetzt werden?
3. Was werden Sie und Ihre Partei unternehmen, um die von der Air Base Ramstein ausgehende Verseuchung des Bodens, des Grundwassers und der Luft mit Rückständen des hochgiftigen und krebserregenden Militärtreibstoffes JP-8 zu stoppen, um die daraus für die Bevölkerung erwachsenden Gesundheitsrisiken zu beseitigen?
4. Werden Sie und Ihre Partei den Besatzerallüren der US-Streitkräfte, die sich in Landnahme, Umweltzerstörung und Übergriffen gegen die einheimische Bevölkerung äußern, entgegenzutreten, und wie wollen Sie dabei vorgehen?
5. Werden Sie und Ihre Partei den bereits begonnenen Teilabzug der US-Streitkräfte zum Anlass nehmen, um einen fortschreitenden Totalabzug durchzusetzen, damit durch ein breit angelegtes Konversionsprogramm endlich zukunftssichere, ausschließlich dem Frieden dienende Arbeitsplätze entstehen können, und welche Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles haben Sie?

Ihre schriftlichen Antworten erbitten wir bis 23.08.2005 an folgende Anschrift:

Vielen Dank im Voraus und freundliche Grüße, Unterschriften des Vorstandes

Die drei Antworten im Wortlaut

Im Saarland ging mit Datum vom 16.08.05 nur eine Antwort des FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Karl Addicks für alle FDP-Kandidaten ein. Von den pfälzischen Adressaten hat

mit Datum vom 16.08.05 nur der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Altherr, Kandidat im Wahlkreis 211, rechtzeitig geantwortet. Verspätet traf am 25.08. noch eine Kurzmitteilung einer Mitarbeiterin des SPD-Bundestagsabgeordneten Herzog mit 2 Anlagen ein, der am 26.08. sein am Vortag angekündigter eigener Brief folgte. Die anderen Adressaten haben geschwiegen.

Dr. Karl Addicks, FDP:

"Um unnötige Doppelungen zu vermeiden, beantworte ich Ihren Brief im Namen aller Bundestagskandidaten / Wahlkreiskandidaten der FDP Saar.

1. Die FDP hat am 31. März d. J. anliegenden Gesetzentwurf „Lärmschutz ist Gesundheitsschutz – Fluglärmgesetz jetzt modernisieren“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. Am 25. April wurde er mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Umweltausschuss abgelehnt, obwohl beide Parteien in ihrem Koalitionsvertrag vom 16. Oktober 2002 versprochen hatten: „Das Fluglärmgesetz wird mit dem Ziel novelliert, für alle Flughäfen den Schutz der Bevölkerung vor Lärm deutlich zu verbessern.“ Die CDU / CSU hat sich bei der Abstimmung im Umweltausschuss enthalten. Die FDP wird sich auch weiter um einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten bemühen und die dringend notwendige Novelle des Fluglärmgesetzes nach der Bundestagswahl erneut auf die Tagesordnung setzen.
2. Die FDP fordert den Abzug der amerikanischen Nuklearwaffen aus Deutschland. Da es sich um Kurzstreckensysteme handelt, könnten wir mit diesen Waffen nur befreundete Staaten bedrohen. Das macht keinen Sinn. Deshalb wollen wir dieses Überbleibsel des Kalten Krieges beseitigen. Ich bin zuversichtlich, dass ein liberaler Außenminister zu einer einvernehmlichen Lösung mit unseren amerikanischen Freunden gelangen wird.
3. JP-8 ist der meistgenutzte militärische Flugturbinenkraftstoff, im NATO-Code als F34 bezeichnet, und wird entsprechend des „Single Fuel Concepts“ der NATO auch von der Bundeswehr eingesetzt. Er besteht zu 99,8 % aus Kerosin und enthält sehr kleine Mengen anderer Substanzen, wie z. B. Benzol. JP-8 ist dem in der zivilen Luftfahrt auf der ganzen Welt verwendeten A/A-1 Flugzeugtreibstoff sehr ähnlich. Die internationale Krebsforschungsagentur (IARC) hat festgestellt, dass es nicht genügend Informationen darüber gibt, ob Flugzeugtreibstoff Krebs auslösen kann. Zur Zeit laufen Untersuchungen über die Auswirkungen von JP-8 auf die menschliche Gesundheit. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.
4. Die FDP begrüßt die Verlegung der US-Streitkräfte Rhein Main Air Base Frankfurt auf die Militärstützpunkte Ramstein und Spangdahlem. Von „Landnahme“ und „Besatzerallüren“ kann keine Rede sein.
5. Die FDP sieht keinen Grund, den am 23. Oktober 1954 mit unseren Verbündeten geschlossenen Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (BGBL. 1955 II S. 235) zu kündigen."

Richtige Einzelforderungen – falsche Konsequenzen

Der „Gesetzentwurf“ ist zwar nur ein Antrag mit Leitlinien zur Novellierung des geltenden Fluglärmgesetzes, aber die Antworten des saarländischen FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Karl Addicks enthalten einige positive Aspekte. Wir begrüßen die Forderungen der FDP-Fraktion, in einem künftigen Fluglärmgesetz die Lärmbelastung durch Militär- und Zivillflugplätze den gleichen Kriterien zu unterwerfen und realistische Berechnungsgrundlagen für gesenkte Lärmpegel nach internationalen Standards festzulegen. Wir hoffen, dass die FDP auch in einer Koalitionsregierung weiterhin darauf besteht, dass alle noch in der Bundesrepublik befindlichen US-Atombomben abgezogen werden, weil die F-16 Jagdbomber, für die sie vorgesehen sind, sehr wohl Staaten im Nahen und Mittleren Osten er-

reichen können, in denen die US-Streitkräfte derzeit Kriege führen. Die Gefahren des Militärtreibstoffes JP-8, die auf unseren Internetseiten ausführlich nachzulesen sind, werden leider verharmlost und unterschätzt. Wir wollen auch keine fortdauernde Präsenz der US-Streitkräfte in unserer Region. Wer sich so gegen zutreffende Bezeichnungen für das Verhalten der hier stationierten US-Streitkräfte wehrt, befürchtet doch nur bei ihnen in Ungnade zu fallen. Wir empfehlen der erklärten „Mittelstandspartei FDP“, endlich auch über die für lokale mittelständische Unternehmen besonders interessanten arbeitsintensiven Möglichkeiten zur Renaturierung von Militäranlagen und die großen Erfolge und Chancen der Konversion nachzudenken.

Dr. Walter Altherr, CDU:

"Als langjähriger Kommunalpolitiker, Landtagsabgeordneter und Direktkandidat der CDU im Wahlkreis 211 pflege ich ein gutes Verhältnis zu unseren amerikanischen Freunden. 60 Jahre lang haben die US-Streitkräfte zusammen mit den anderen NATO-Partnern durch ihre Präsenz in der Bundesrepublik den Frieden in Europa gesichert. An der Sicherheit auf dem NATO-Flugplatz Ramstein und dessen Umfeld sind wir selbstverständlich interessiert auch im Sinne der Bevölkerung. Wenn Sie in Zukunft an einem konstruktiven Dialog mit mir interessiert sind, dann bitte ich Sie, Ihr Vokabular zu ändern, denn Landnahme und Besatzerallüren sind Begriffe, die weder heute noch in einem geschichtlichen Kontext zutreffend sind."

Arroganz und heiße Luft

Der CDU-Kandidat Dr. Walter Altherr hat zwar als erster Kandidat aus der Westpfalz reagiert, ist aber auf keine unserer Fragen eingegangen. Was nützen uns seine Bemühungen um ein gutes Verhältnis zu seinen „amerikanischen Freunden“, wenn er an der Sicherheit auf dem „NATO-Flugplatz Ramstein und dessen Umfeld“ allenfalls „auch“ im Sinne der Bevölkerung interessiert ist. Gerade ein Arzt müsste dem Wohlbefinden und der Gesundheit seiner Mitbürger mehr Aufmerksamkeit schenken.

Ein Kandidat, der erneut versucht, in den Bundestag gewählt zu werden, sollte etwas weniger arrogant auftreten und potentiellen Wählern nicht ein bestimmtes Vokabular vorschreiben. Eigentlich könnte er auch wissen, dass „Landnahme und Besatzerallüren“ gerade im „geschichtlichen Kontext“ zutreffen, weil fast alle bis heute von den US-Streitkräften beanspruchten Liegenschaften nach 1945 von den Besatzungstruppen kurzerhand beschlagnahmt worden waren. Auch das jetzt noch praktizierte Versetzen von Zäunen um US-Wohnanlagen und die gerade in Ramstein erfolgte Air Base-Erweiterung liegen auf dieser Linie, unabhängig davon, dass sich immer deutsche Behörden finden, die solche Vorgänge legitimieren und genehmigen. In Mittelbrunn dürfte der Herr Doktor auch nicht von betrunkenen GIs belästigt oder von amerikanischen Jugendlichen mit Luftpistolen beschossen werden. Durch intensive Gespräche mit Bewohnern seines Wahlkreises sollte er seinen Informationsstand schleunigst aktualisieren.

Gustav Herzog, SPD:

"Vielen Dank für Ihren Brief vom 25.07.05 an mich und meine Kollegin Lydia Westrich. Ich antworte Ihnen hiermit auch im Namen von Frau Westrich und bitte um Ihr Verständnis, dass dies aufgrund des Wahlkampfes nicht früher möglich war.

Nun zu den Themen, die Sie ansprechen. Wir sind mit den Problemstellungen vertraut, da ich als Abgeordneter regelmäßig im Gespräch mit einzelnen Betroffenen, mit Bürgerinitiativen und der Leitung der Air Base stehe.

1. Die Bundesregierung hat im Mai dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm auf den Weg gebracht. Darin werden weit reichen-

de Maßnahmen für alle Regionen aufgezeigt, die wie Ramstein zivile und militärische Fluglärmbelastungen erfahren. Mein Berliner Büro schickt Ihnen parallel zu diesem Brief den vollständigen Gesetzentwurf, der zunächst vom Bundesrat geprüft wird.

2. Meine Partei steht für Frieden und Abrüstung weltweit. Die beiden Regierungsfractionen haben im April 2005 einen Initiativantrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Darin wird u .A. in Punkt 11 gefordert, dass die taktischen Atomwaffen auf beiden Seiten reduziert und demontiert werden. Da Sie sicherlich mit der internationalen Rechtslage in Bezug auf die Stationierung von amerikanischen Truppen und atomaren Sprengköpfen vertraut sind, wissen Sie, dass faktischer Abzug nicht Länder- oder Bundesrecht unterliegt und daher nur multilateral und diplomatisch vorangetrieben werden kann. Dafür setzen wir uns ein. Auch diesen Antrag erhalten Sie über mein Berliner Büro.
3. Verschiedene unabhängige Untersuchungen haben keinen Anhaltspunkt für die Unterstellung ergeben, dass die Region Ramstein JP-8 verseucht sei.
4. Bei meinen Kontakten mit der Airbase habe ich keine „Besatzerallüren“ erlebt und sehe somit keinen Grund zum Entgegenreten.
5. Die US-Streitkräfte werden in Rheinland-Pfalz weiter vertreten sein, ein Totalabzug wird nicht stattfinden. Es wäre gelogen, wenn man dies in Aussicht stellen würde. Die SPD-Bundes- und Landespolitiker werden engagiert die Konversionsprojekte fortführen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen weiter geholfen zu haben und verbleibe

Wortreiche Ausflüchte und viel geduldiges Papier

Ob Lydia Westrich die auch in ihrem Namen gegebenen Antworten für ausreichend hält, wissen wir nicht. Für uns bleiben die wichtigsten Fragen offen.

Gustav Herzog behauptet, er kenne die Probleme, die von der Air Base ausgehen, weil er regelmäßig mit Betroffenen, Bürgerinitiativen und US-Kommandeuren Gespräche führe. Mit uns hat er bisher nicht geredet, und unsere klaren Fragen beantwortet er ausweichend bis uninformiert. Seine Fehleinschätzungen deuten eher auf starke US-Beeinflussung hin. Wer leidet um Ramstein unter zivilem Fluglärm? Die seltenen Hubschrauberflüge der Polizei oder der Rettungsdienste regen uns nicht auf, aber die Sportflugzeuge des Aero-Clubs der Air Base Ramstein, deren Militärpiloten uns auch noch am Wochenende beschallen. Wir leiden auch tagtäglich unter militärischem Fluglärmterror, den fast ausschließlich US-Flugzeuge aus Ramstein und Spangdahlem verursachen.

Der 32-seitige Fluglärm-Gesetzentwurf der Bundesregierung bleibt sehr wahrscheinlich Makulatur, denn er wurde erst am 27.05.05 vorgelegt, obwohl Bundeskanzler Schröder bereits am Abend des 22.05. nach der verlorenen Landtagswahl in NRW verkünden ließ, er wolle baldige Neuwahlen. Der Entwurf enthält unterschiedliche Vorgaben für Militär- und Zivilflugplätze und schreibt aus Kostengründen viel zu hohe Lärmpegel fest. Damit ließen sich unsere Probleme auch nicht ansatzweise lösen. Der zugesandte Antrag trägt das Datum vom 13.04.05 und die Überschrift „Verbreitung der Kernwaffen verhindern und die nukleare Abrüstung stärken – Die Überprüfungskonferenz 2005 des Atomwaffensperrvertrages (NVV) zum Erfolg führen“. Er ist sehr allgemein und weitschweifig formuliert und verzichtet auf die einfache und unmissverständliche Forderung nach Abzug aller US-Atomwaffen aus der Bundesrepublik. Den hat Außenminister Fischer zwar vor laufenden Fernsehkameras, aber nicht auf der auch deswegen erfolglosen UNO-Konferenz in New York thematisiert.

Auch Verteidigungsminister Struck hat auf der diesjährigen Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Brüssel sofort klein beigegeben, als sein US-Kollege Rumsfeld ihm barsch zu verstehen gab, ein Abzug der US-Atombomben aus Ramstein und Büchel stehe überhaupt nicht zur Debatte. Die USA haben als einzige Atommacht Nuklearwaffen

außerhalb ihres Territoriums stationiert, und jede Regierung der souveränen Bundesrepublik könnte den sofortigen den Abzug dieser Waffen durchsetzen - sie müsste es nur wollen! Wir wissen, dass die „internationale Rechtslage“ und die NATO-Verträge das nicht verhindern können – Gustav Herzog sollte sich besser informieren!

Gustav Herzog hätte uns statt eines wertlosen Gesetzentwurfes und eines erfolglosen Antrages lieber die Ergebnisse der „verschiedenen unabhängigen Untersuchungen“ zur angeblich nur „unterstellten“ Verseuchung der Region mit JP-8 zusenden sollen. Wir möchten sehr gerne wissen, wer wann wo was in wessen Auftrag untersucht hat, und wie wissenschaftlich fundiert die Untersuchungen ausgewertet wurden. Wir haben unsere Nachforschungen, die zu ganz anderen Ergebnissen gekommen sind, im Internet dokumentiert. Gustav Herzog ist den Nachweis für seine Behauptungen leider bisher schuldig geblieben. Wir gehen davon aus, dass sich Gustav Herzog trotz seiner guten Kontakte zu den Amerikanern häufiger in Berlin und Zellertal, als auf der Air Base Ramstein aufhält. Wenn deutsche Politiker in Ramstein erwartet werden, wird auffallend wenig geflogen, und die US-Militärs geben sich sicher sehr freundlich. Aber wir wüssten doch gern, ob Gustav Herzog als Abgeordneter des Bundestages jederzeit freien Zugang zu dieser Bundesliegenschaft hat und ob er auch die dort verbunkerten Atombomben sehen darf. Außerdem sollte er gelegentlich einmal versuchen, unangemeldet eines der zahlreichen Army-Depots oder auch nur eine eingezäunte US-Wohnsiedlung zu betreten. Die „amerikanischen Freunde“ würden ihm sicher sehr energisch erklären, wo das Zugangsrecht eines gewählten Volksvertreters auf unserem Grund und Boden endet.

Gustav Herzog sollte uns auch verraten, woher seine so selbstsicher verkündeten Informationen stammen, die US-Streitkräfte würden unser Bundesland nie und nimmer verlassen. Steht er in spirituellem Kontakt mit künftigen US-Präsidenten oder beruht seine Zuversicht auf gelegentlichem Kaffeesatz-Lesen? Die Bush-Regierung hat gerade mit dem Abzug von 32.000 GIs begonnen, und niemand weiß, ob es dabei bleibt. Wenn eine Bundesregierung heute den mit dem Zwei+Vier-Vertrag eigentlich abgelaufenen Stationierungsvertrag kündigt, müssten nach zwei Jahren alle fremden Streitkräfte unser Land verlassen haben. Der Bund und die Länder hätten endlich Planungssicherheit für großangelegte Konversionsvorhaben und die angebliche Abhängigkeit von wechselhaften Entscheidungen der US-Regierung und ihrer führenden Militärs wäre schlagartig zu Ende. Auf teure „Geschenke“ (Air-Base-Ausbau und Wohnungsbauprogramm), die den weiteren Truppenabzug verzögern sollen, könnte verzichtet und das eingesparte Geld in Konversionsobjekte mit vielen neuen Arbeitsplätzen investiert werden.

Allparteien-Koalition der Schweiger und Verharmloser

Militärische Belastungen kein Thema für Direktkandidaten in Region Pfalz / Saar

Die in unserer Region für den Bundestag kandidierenden Parteienvertreter haben entweder keine oder recht eigenartige Meinungen zum täglichen Fluglärmterror über unseren Köpfen und vor den Starts am Boden, zu den 130 Atombomben in Ramstein, zur erwiesenen Gefährlichkeit des Militärtreibstoffes JP-8, zur fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt und zu den Chancen der Konversion. Sie ziehen es vor, aus Feigheit vor den „amerikanischen Freunden“ und ihren einheimischen Nutznießern stumm zu bleiben oder sogar deren Interessen zu vertreten.

Der unerträgliche Fluglärm und die vielen eingezäunten US-Militäreinrichtungen sind auch für sie weder zu überhören, noch zu übersehen; Zusatzinformationen hätten sie ohne besonderen Aufwand den im Anschreiben angegebenen Internetseiten entnehmen können. Sie sind weder blind noch taub, aber zu bequem oder zu inkompetent, um unsere Probleme zu sehen. Wie wollen Leute, die drängendste Fragen aus der Region nicht zur Kenntnis nehmen, unsere Interessen in Berlin vertreten?

Warum hat die CDU-Kandidatin Anita Schäfer nicht geantwortet, zu deren politischen Schwerpunkten nach eigener Aussage die Verteidigungspolitik gehört und die aus ihrer Tätigkeit im Petitionsausschuss des Bundestages die Sorgen der Flugplatzanwohner kennt?

Warum tragen die westpfälzischen Kandidaten der FDP nicht wenigstens die Forderung ihrer Partei nach Abzug aller US-Atomwaffen aus Ramstein vor?

Wo bleiben die Aufschreie der Basisgrünen aus der Region gegen die großflächige Umweltzerstörung in Ramstein? Hindert sie die olivgrüne Politik ihres Außenministers daran, gegen die ständigen Missbrauch der Air Base zur Versorgung der US-Kriegsschauplätze zu protestieren?

Kennt der Kandidat der Linkspartei die friedenspolitischen Forderungen aus dem Programm der Partei nicht, für die er sich zur Wahl stellt?

Wer vor der Wahl noch auf Kandidaten trifft, sollte ihnen mindestens die gleichen Fragen stellen, die sie uns nicht beantwortet haben, damit die Damen und Herren endlich merken, so billig kommen sie nicht davon!

Ach, iwwerischens ...

Do brauch mer net veel Worde se veleere. Wer sichs so ääfach macht, sollts lieber ganz bleiwe losse! Mer kann sich jo blooss noch wunnere, was die Bardeie fer Leit no Berlin schigge wolle. Määne ner, dass so Kreschkinncher un Katzbuckler dort was anneres mache, wie sich um ehrn eichene Bauch se kimmere un e Haufe Geld inseschdegge?

Die kammer doch net aakreize, hegschdens dorchschtreiche! Dess is immer noch besser, wie iwwerhaupt net se wähle. Wie solle dann die do owwe sunschd druffkumme, dass mer uns ehr Bollidigg nimmi gefalle losse?

Wanner am 18. September blooss dehääm uffem Hinnere sitze bleiwe un eich uffreeche, weil alles so schlimm is, dann bleibt wirklich alles so schlimm. Mer brauch jo net so Kandidade, mer kann jo aa blooss Bardeie wähle. Mache eich vorher awwer wenigschdens e bissje schlauer, wie die wo ner wähle solle. Ehr werre jo doch mache wassner wolle, awwer iwwerlehn eich vorher wenigschdens, wassner net wolle!

Wichtige Telefonnummern:

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern